

Kleine Anfrage

(Nach Artikel 85 der Geschäftsordnung des Landrates des Kantons Uri)

Schliessung von Zeughausbetrieben – Abbau von Arbeitsstellen

Die Logistikbasis der Armee (LBA) baut bis Ende 2005 600 Stellen ab. Insgesamt werden im Bereich Verteidigung bis Ende 2005 1'100 Stellen verschwinden. Dies führt dazu, dass bis Ende 2005 zwingend an 18 Standorten in der Schweiz Zeughaus-Betriebsteile ganz und an sieben Standorten teilweise geschlossen werden. Dieser massive Abbau an Personal und Infrastrukturen erfolgt, bevor die Standorte der neuen Armee-Logistik-Center festgelegt sind. In dieser ersten Phase werden noch keine der vorhandenen 30 Stammbetriebe geschlossen.

Die Kantone werden am 06. Dezember 2004 eine Übersicht über die Gesamt-Infrastruktur (Logistik-, Einsatz- und Ausbildungsinfrastruktur) erhalten, die aus militärischer und betriebswirtschaftlicher Sicht noch benötigt wird. Im Anschluss an diese Orientierung werden die Kantone eingeladen, diese Planung aus ihrer Sicht zu beurteilen.

Der Zeughausbetrieb Seewen/Schwyz ist zusammen mit dem Zeughaus Amsteg und dem Waffenplatz Andermatt auf den 01.01.2004 zu einem Stammbetrieb zusammengeschmolzen. Der Stammbetrieb Eidg Zeughaus und Waffenplatz Uri-Schwyz hat seinen Sitz in Amsteg. In diesem Betrieb arbeiten z.Z. 210 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nach den errechneten Modellen für die Idealstandorte der Logistik-Center ist im Raume Zentralschweiz kein solcher Standort vorgesehen. In den Modellen „Vier Plus“ und „Fünf Plus“ ist zusätzlich der Einbezug bestehender Infrastrukturen im Tessin vorgesehen, mit einem Logistik-Center Monte Ceneri. Mit diesem Restrukturierungsprozess schwinden die Hoffnungen für den Weiterbestand des Eidgenössischen Zeughauses und Waffenplatzes Uri-Schwyz und anderer Betriebe in der Zentralschweiz.

Die geplante Schliessung der militärischen Infrastrukturen im Raume Zentralschweiz hat schwerwiegende Folgen auch für unsere Bevölkerung und für die Volkswirtschaft in unserem Kanton. Die Auswirkungen sind z.Z. in ihrem gesamten Umfang noch nicht abschätzbar.

Angesichts dieser düsteren Aussichten für unseren Kanton muss alles unternommen werden, damit die militärischen Logistik-Center nicht, wie der momentane Planungsstand zeigt, allesamt im industrialisierten Mittelland angesiedelt werden.

Was kann die Regierung vorgehen, um zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen der befürchtete massive Abbau an Bundesarbeitsstellen in dieser Region zu verhindern ?

Sind im Entwurf zum neuen Bundesgesetz über die Regionalpolitik Elemente vorhanden die den Bund verpflichten, die Regionalpolitik stärker auf die Berggebiete und den ländlichen Raum auszurichten ?

Amsteg, 08.09.2004

Louis Ziegler
Landrat FDP, Amsteg